

Dr. h. c. Lothar Späth, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg:

Eröffnungsansprache

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Gebeßler,
Herr Oberbürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gerne ergreife ich die Gelegenheit des ersten Landesdenkmaltages, der ja an eine große Tradition anknüpfen kann, um zu verdeutlichen, was wir mit einer solchen Begegnung erreichen sollten: Nämlich das offene Gespräch über die Fragen, die unter dem umfassenden Thema „Denkmalschutz“ anzusprechen sind. Und ich meine, es ist richtig, daß wir uns in einer Zeit dem unvoreingenommenen Gespräch widmen, in der sich im Denkmalschutz, in der Stadtgestaltung, in der Landesentwicklung Fragestellungen in neuen Dimensionen auf tun. Mit Patentrezepten ist es nicht getan. Ich glaube vielmehr, daß wir uns in einer Phase befinden, in die wir uns hineinendenken, hinein fühlen und – ich sage dies in aller Deutlichkeit – auch in die Lösung der uns gestellten Probleme hinein arbeiten müssen. Die Ansätze sind günstig. – Warum?

Baden-Württemberg ist gewiß ein modernes Industrieland, und wir sind stolz darauf. Wir wissen, daß wir uns den Fragen der Sicherung der Arbeitsplätze, der Wirtschaftsstruktur, der modernen Herausforderungen der Technologie eines Exportlandes stellen müssen. Wir wissen aber auch um die Frage, wie Menschen mit solchen Herausforderungen fertig werden. Vor allem bei unserer jungen Generation spüren wir diese Unsicherheit angesichts der Frage: Wie werden wir mit all dem fertig, mit diesen technischen Umstrukturierungen, mit ihren gesellschaftlichen Konsequenzen und mit den vielen neuen sozialen Fragestellungen.

Wir beobachten, daß diese Unsicherheit in zwei Richtungen weisen kann: nämlich einmal in die Richtung der Angst, der Unsicherheit. Und wir beobachten gegenwärtig ferner, daß eine gefährliche Strömung im Gange ist, bei der im Grunde das Begründen der Unsicherheit ausreicht, um sich selbst ein Stück weit der Zukunft zu verweigern. Das ist ein nicht ungefährlicher Weg für eine Nation, die auf die Zukunftsbewältigung nicht verzichten kann, weil sie letztlich nicht zurück in eine Phase steuern kann, die für die Gesamtbevölkerung unerträglich wäre. Ich sage keineswegs, daß sie für einige nicht erträglich wäre. Und einen gewissen Spielraum sollte man vielen auch lassen. Nur, eine Gesamtgesellschaft kann nicht in der Weise zurück, wie sich das viele vorstellen, gewissermaßen in Form der Ich-Verweigerung für die Zukunft.

Eine weitere Strömung und Entwicklung halte ich für besonders wichtig. Und sie ist für mich eigentlich die

notwendige Gegenbewegung. Sie wird gekennzeichnet von den Menschen, die sich angesichts einer unsicheren Zukunft der Vergangenheit versichern. Das legt die spezifische Mischung offen, die dieses Land wie kaum ein anderes historisch geprägt hat: Eine Kombination aus Aufgeschlossenheit und Weltoffenheit sowie einer ungeheueren Heimatverwurzelung und Verankerung im Bereich dessen, was wir Heimat, Stadt, Gemeinde, Dorf und Nachbarschaft nennen. Hier liegt der Schlüssel für unsere Überlegungen: Wie bringen wir eine Konzeption für eine moderne Industriegesellschaft mit diesen Aufgabenstellungen – Sicherung, Verwurzelung, Heimat – zusammen? Es kommt gar nicht von ungefähr, daß man sich in letzter Zeit verstärkt immer wieder auf das Wort Heideggers beruft, der einmal sinngemäß gesagt hat, wenn der Mensch überhaupt etwas Großes leisten kann, dann kann er es eigentlich nur tun, weil er eine Heimat hat. Das heißt übertragen, weil er Wurzeln hat und weil er Substanz hat, aus der heraus er handeln kann. Dieses Rückversichern in der Geschichte spüren wir in vielen Bereichen. Sie sehen es heute daran, daß unsere Museen bestens besucht sind und daß historische Ausstellungen zum Publikumserfolg werden. Die Staufer-Ausstellung war im Grunde eine Sensation, weil niemand von uns erwartet hat, daß sie ein solches Interesse weckt. Dasselbe gilt für die Barockausstellung und weitere Aktivitäten in dieser Richtung. So war beispielsweise die Frage noch vor ein paar Jahren strittig in der Stuttgarter Politik, ob man die Alte Oper nur renoviert oder nach Littmann restauriert. Inzwischen gibt es darüber keine Diskussion mehr, statt dessen aber ein ungeheures Engagement der Menschen für die Restauration nach dem ursprünglichen Entwurf. Und es kommt ein Projekt nach dem anderen im ganzen Land in Gang, zu dem die Leute Ja sagen, jene Bürger, die anfangs gesagt haben, wir wollen unser Haus umbauen, kommt mir ja nicht mit all diesen Restriktionen und diesem Denkmalschutz. Es geht soweit, daß der Oberbürgermeister in Ravensburg heute das Land noch lobt, weil es bei der Kommunalisierung der Denkmalpflege – mindestens der Ministerpräsident – mit aller Energie gebremst hat, was mir freilich zunächst einigen Ärger bescherte.

Ich meine, es handelt sich tatsächlich um eine wichtige Erkenntnis von beiden Seiten, nämlich ein Restvorbehalt des Landes bei der Abwägung der Denkmalinteressen im kommunalen Raum; aber auch gleichzeitig die Bereitschaft, mehr Verantwortung in die Hand der Kommunen zu geben. Sicher ist beides richtig. Ich beobachte gerade diese interessante Gegenbewegung, daß dieselben Bürger, die sich noch vor 10 Jahren ununterbrochen über diesen komischen Denkmalschutz be-

schwert haben, weil sie ihn als ununterbrochene Behinderung betrachteten, heute an vorderster Stelle mitziehen! Und nicht nur die Bürger, sondern auch deren Repräsentanten waren gelegentlich lautstark dieser gegenüber dem Denkmalschutz reservierten Meinung. Jetzt gibt es eine ganz hohe Sensibilität in allen Gremien für den Denkmalschutz. Da hat sich ein Wandel vollzogen.

Ein Wandel, warum? Ich habe versucht, *ein* Phänomen zu erklären, nämlich die Suche, gewissermaßen den sicheren Boden zu finden, wenn man in die Zukunft gehen will. Es gibt ein *zweites* Phänomen. Ich meine, es gibt einen hohen Sättigungsgrad in unserer Bevölkerung aus der Phase der unmittelbaren Bedarfsbefriedigung. Es gibt jetzt ja viele Leute, vor allem Architekten, die selber in der Nachkriegszeit die anonymen Hochhäuser gebaut haben und heute uns Politiker fragen, wie wir so was zulassen konnten. Das Tempo der Verabschiedung von den eigenen Entwürfen der 60er und 70er Jahre hat ja ungeheuer zugenommen. Ich gehöre zu den Leuten, die sich zu dem bekennen, was wir in der Nachkriegszeit angerichtet haben. Denn es ist nur zu leicht, im Jahre 1984 über die Wohnungsverorgung des Jahres 1952 zu reden. Ich habe noch erlebt, wie die Wohnungssuchenden in die Rathäuser strömten. Da gab es eben zunächst nur *eine zentrale* Frage: Wie kriegen die Leute ein Dach über den Kopf? Und ich meine, wir sollten zu der damaligen Verantwortung stehen, daß angesichts der Wohnungsnot der Bevölkerung gewissermaßen der Städtebau insgesamt ein Stück in Rückstand geraten ist. Damals haben wir die Bebauungspläne nach den Meßurkunden der fertigen Häuser gemacht. Nun kam vom Wohnungsbau eine Hinwendungsphase zum Städtebau. Man sollte nicht bestreiten, daß es da auch interessante Architektur gibt. Ich sage nicht, daß alle Betonburgen dieser Zeit mich heute mit besonderer Bewunderung erfüllen. Aber ich würde es auch nicht so ohne weiteres zulassen wollen, daß man eine ganze Phase der Versorgungsarchitektur, die übrigens auch ein paar Vorstädte hervorgebracht hat, die eben nicht nur Betonburgen sind, sondern die auch für die damaligen Möglichkeiten städtebaulichen Charakter haben, heute in Bausch und Bogen verurteilt.

Sie liegen zum Teil in Städten, die jetzt auch führend bei der Stadterneuerung sind. Das muß sich also nicht widersprechen. Aber natürlich war dies eine Phase des Neubauens, Wiederaufbauens, die Zeit der neuen Siedlung. Und auch die ist abgeschlossen. Deshalb müssen wir heute die Weichen neu stellen und in Baden-Württemberg sind wir energisch dabei. Wir haben eine Wohnungsverorgung, von der wir eigentlich sagen können, wir haben eine Sättigung erreicht. Mir braucht niemand zu erzählen, wie gefährlich Statistiken sind. Und es hilft natürlich überhaupt nichts, wenn wir im Durchschnitt 30 qm Wohnfläche haben, und der eine hat 60 und der andere nur 12. Nur, wir müssen heute im Grund eine Alternativentscheidung treffen. Und diese heißt: Bauen wir weiter auf der grünen Wiese oder stellen wir auf die Erneuerung der Substanz um? Es wird nicht ein kompromißloses Entweder-Oder geben. Aber es wird ein entscheidendes Entweder-Oder geben. Und ich bekenne mich dazu, die Politik der von mir geführten Landesregierung geht dahin, den sozialen Mietwohnungsbau auf der grünen Wiese ganz einzustellen.

Die Mittel, die wir dafür noch zur Verfügung haben, müssen, wenn sie für Mietwohnungen ausgegeben werden, in die Städte und Gemeinden. Wir müssen vor al-

lem die Ghettos, die wir inzwischen in vielen Bereichen haben, in Ordnung bringen, die Altsubstanz wieder anreichern und die Leute wieder in die Altsubstanz schicken. Wir haben übrigens auch in Altbereichen eine Infrastruktur, die immer weniger ausgelastet ist, und wir werden überlegen müssen, ob wir eigentlich das Recht haben, auf der grünen Wiese neue Infrastrukturen zu bauen, obwohl wir die Infrastruktur in unseren Städten und Gemeinden nur in der Substanz wieder verbessern müßten. Dies geht! Wir werden nicht vermeiden können, daß die eine oder andere Randbebauung noch entsteht. Aber wenn wir uns mal eine Übersicht machen über alle Baulücken, die in dieser Zeit entstanden sind, aus welchen Gründen auch immer, und wenn wir dann noch diese große Altbausubstanz sehen, dann bin ich der Meinung, wir sollten tatsächlich den Mut haben, das Ruder herumzureißen und zu sagen: Jetzt kommt die Modernisierung und der Ausbau vor dem Neubau!

Dies bedeutet natürlich – jetzt komme ich auf das Thema Stadtarchitektur zu sprechen –, daß die Architektur im freien Raum weitestgehend nicht mehr möglich ist. Das heißt, wer künftig baut und erneuert, muß sich der Herausforderung dieser Wohnumwelt und dieser Bauumwelt in den Städten und Gemeinden stellen. Und deshalb ist heute auch die Frage der Integration von Denkmalschutz, von Stadterneuerung, von Dorfentwicklung prinzipieller Natur.

Dies alles hat mehrere Folgen. Die erste Folge ist sicher, daß wir die Dinge stärker zusammenführen müssen. Ich erinnere mich noch, lieber Herr Präsident Dr. Gebeßler, an unsere Unterhaltung – und da war das Mißtrauen bei Ihnen auch nicht ganz unterdrückt – als ich Innenminister wurde. Meine einzige Bedingung war, daß der Denkmalschutz aus dem Kultusministerium in das Innenministerium verlegt wurde. Und zwar aus der Überlegung heraus, daß die Schwerpunktaufgaben tatsächlich bei der Gestaltung und Entwicklung unserer Städte und Dörfer liegen, so wichtig auch alle anderen Bereiche, Bodendenkmalschutz und viele andere, zugegebenermaßen sind. Aber wichtig ist, daß wir zu einer Integration und zu einer Partnerschaft zwischen städtebaulichen Entwicklungen und dem Denkmalschutz kommen. Es wird immer deutlicher. Wir haben gewissermaßen vom Wohnungsbau zum Städtebau umgestellt. Die nächste Stufe war eigentlich schon ein bißchen mehr. Wir haben nämlich von den Wohnungsbauprogrammen zu den Wohnumweltprogrammen umgestellt, weil wir gesagt haben, es hilft überhaupt nichts, wenn wir nur die Wohnung sehen. Sondern, so wie wir beim Denkmal die Umwelt sehen müssen, so müssen wir im ganzen städtebaulichen Sektor die Wohnumwelt sehen. Und heute sind wir noch einen Schritt weiter. Unser Problem heißt nicht mehr Wohnungsbaughetto, sondern heißt inzwischen auch Industriebrache. Das heißt, wir müssen das ganze Lebensfeld einer Stadt und einer Gemeinde erfassen.

Herr Oberbürgermeister, ich kann Ihnen nur zustimmen, wenn Sie eine Stadt wie Ravensburg nehmen, so findet sich fast keine Ecke, die nicht in einen Bezug zum städtebaulichen Gesamtkonzept gestellt werden muß. Wir werden auch neue Überlegungen in dieser Richtung anstellen müssen. Wir werden Modelle entwickeln müssen, zum Beispiel, ob man nicht einen Handwerkerhof in so ein altes Industriegebäude hineinbringt, um das Leben in der Stadt auch bei den Dienstleistungen zu sichern, anstatt ein neues Gewerbe-

gebiet nach dem anderen draußen anzulegen, während man drinnen im Grunde mit der vorhandenen Substanz nichts mehr anzufangen weiß.

Der Gedanke, wie wir alte Industriearchitektur in den Städten wieder aktivieren können, die immer mehr zur Brache wird, macht uns übrigens auch im Blick auf die Bauwirtschaft ein bißchen Sorgen. Denn die ganze Zukunft der elektronischen und der biotechnologischen Industrie bedarf überhaupt nicht mehr der Expansion im baulichen Teil. Im Grunde brauchen wir neue Nutzungskonzepte für alle Substanzen. Das heißt, viele neue Nutzungsansprüche im gewerblichen Bereich können wir genau so in die Altsubstanz verweisen, wie wir den Wohnungsbau in die Altsubstanz verweisen können. Damit ist natürlich die Denkmalpflege nicht mehr länger eine isolierte Aufgabe, was sie eigentlich nie ganz gewesen ist. Aber sie wird noch mehr aus ihrer objektbezogenen Aufgabe heraustreten in den gesamten Bereich der Umfeldgestaltung. Dies ist zugleich natürlich eine ungeheuere Chance, die wir wahrnehmen können, auch eine ungeheuere Herausforderung an das Thema Stadt- und Dorfgestaltung und Nutzungsregelung insgesamt. Und dazu können wir alle wesentliche Beiträge leisten. Ich meine, die Ansätze sind richtig, die wir dafür in Baden-Württemberg gefunden haben. Es geht jetzt darum, sich vorsichtig hineinzutasten. Ich sage nicht ohne Stolz, daß wahrscheinlich kein Bundesland so viel Geld in die Denkmalpflege investiert hat wie Baden-Württemberg. Seit 1980 haben wir etwa 325 Millionen für den Gesamtbereich bereitgestellt. Und wir versuchen jetzt, mit Schwerpunktprogrammen gezielter vorzugehen. Aber auch da müssen wir immer wieder überlegen: Liegen wir richtig, wo müssen wir ergänzen, wo muß es hin? Wenn ich die Elemente der Politik und dessen, was Politik dazu leisten kann, einmal zusammenfasse, dann, meine ich, sollten wir folgendes sehen:

Im engeren Bereich der Denkmalpolitik haben wir klare Verhältnisse, wobei die wichtigste Leistung die Erfassung und Ordnung des Ganzen ist. Ich glaube, das ist ein großer Erfolg des Landesdenkmalamtes, seiner Außenstellen und ich sage auch, seiner Mitarbeiter. Aber gerade auch für die Denkmalpflege sind die Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung wichtig. Ich kann für Baden-Württemberg sagen, wir haben die Konsolidierung abgeschlossen, während andere erst richtig anfangen müssen. Wir können Investitionsmittel bereitstellen, und die sind für einen solchen Bereich entscheidend. Und wir werden in den Jahren ab 1987 relativ hohe Investitionsprogramme auch im Denkmalschutz beibehalten können. Warum? Weil wir eben, statt vier Milliarden mehr Schulden aufzunehmen, gespart haben. Diese vier Milliarden, umgesetzt in 8% Zinsen, bedeuten jährlich 320 Millionen, die wir allen anderen Bundesländern pro Jahr an Investitionsmitteln in der Zukunft voraus haben. Und wenn davon nur ein Viertel in die Denkmalpflege geht, dann können Sie sich vorstellen, wieviel Spielraum wir in Bereichen haben, bei denen andere ihr Geld bei der Bank abliefern müssen, für das Geld, das sie früher ausgegeben haben. Dies hängt ein bißchen mit der schwäbischen Seele und Mentalität zusammen, von der natürlich in diesem Lande auch die Politik bewegt wird.

Nach der Phase der Erfassung, Kartierung und Festlegung kommt es vor allem darauf an, neben der allgemeinen Denkmalpflege mit Schwerpunktprogrammen

einen Bereich anzugehen, bei dem wir uns allerdings sehr schervten werden – ich spreche von den ganz großen Projekten. Zunächst werden wir mit einem ersten Sofortprogramm für Steindenkmale mit zwei Millionen Mark einfach mal Sofortmöglichkeiten der Substanzsicherung angehen, und wir werden dieses Programm steigern müssen. Es zeigt sich jetzt, und das ist auch ein Umweltproblem, daß die Luftschäden an den Gebäuden ein erschreckendes Ausmaß annehmen. Wir sollten deshalb nicht nur vom Wald reden. Möglicherweise würden wir bei unseren italienischen Freunden, die in der Römerzeit das „Problem Wald“ auf ihre Weise abschließend gelöst haben, etwa beim Thema Denkmalschutz und Steindenkmale mehr Verständnis für Umweltschutzmaßnahmen und Luftreinhaltungsmaßnahmen finden als mit der alleinigen Walddiskussion. Ich bin der Meinung, daß die Hinweise des Denkmalschutzes auf die akute Bedrohung bestimmter Objekte keine Panikmache sind. Ich nenne als Beispiele das Kloster Bronnbach oder die Klosterkaserne in Konstanz. Wenn wir solche Objekte nicht in den nächsten Jahren in Ordnung bringen, ist möglicherweise die Substanz so geschädigt, daß wir solche wichtige Denkmalbauten nicht mehr in die Zukunft bringen können. Dies sind aber natürlich Investitionen von 20, 30, 40 Millionen Mark im Einzelfall. Mich schreckt diese Aufgabe nicht, aber es ist notwendig, daß wir zur Bewältigung in Schwerpunktprogrammen neben dem allgemeinen Denkmalschutz einfach mal Konzeptionen für die langfristige Bearbeitung und Substanzsicherung dieser Projekte entwickeln. Ich sehe eine gute Chance dafür, die Schwerpunktprogramme Jahr für Jahr ausweiten zu können. Dafür haben wir einen Verbündeten, nämlich die Bauwirtschaft.

Meine Damen und Herren,

wir sollten dieses auch klar sehen: Die Probleme der Bauwirtschaft, die jetzt auf uns zukommen, bedeuten nicht, daß wir die gesamte Bauwirtschaft mit öffentlichen Aufträgen sanieren können. Wir werden zu einer Reduzierung der Baukapazitäten kommen, denn das, was ich zum Wohnungsbau gesagt habe, zur gewerblichen Investition und zur Stadtentwicklung, zeigt ganz schlicht: wir werden im Bausektor nicht im bisherigen Ausmaß investieren können. Das heißt, wir brauchen eine Anpassung der Baukapazitäten. Wir sind zur Zeit stolz darauf, daß unsere Handwerker sehr viele Nachwuchskräfte ausbilden. Qualifizierte junge Leute, die dann aber, wenn sie ihre Lehre abgeschlossen haben, auch etwas machen wollen. Und welche Chance, mit diesen Kapazitäten in den personalintensiven Denkmalschutz zu gehen! Der Straßenbau, da bewältigen wir mit einer Walze und wenig Leuten ziemlich viele Kilometer. Aber im Denkmalschutz und in der Modernisierung besteht die Chance für relativ personalintensive Baumaßnahmen. Also wenn schon Beschäftigungsprogramm, dann am allerbesten in dieser Hinsicht. Insofern paßt da eine strukturelle Entwicklung mit einer Notwendigkeit gar nicht so schlecht zusammen. Wir werden uns diesen großen Projekten zuwenden, wobei mir noch ein weiteres wichtig erscheint, nämlich das Nutzungsthema. Ich halte es für problematisch, hervorragende Projekte herzurichten und dann leerstehen zu lassen. Ich glaube deshalb, eine Arbeit, die von den Kommunen und dem Land gemeinsam geleistet werden muß, ist, daß wir Projekt für Projekt durchgehen und über die Nutzung reden. Ich habe beispielsweise für

den Landesbereich angeordnet: Ich genehmige keine Neubaumaßnahme des Landes mehr, bevor ich nicht eine Liste aller Altgebäude des Landes an den Orten habe, wo neu gebaut werden soll. Einfach um zu sehen, ob wir nicht auch im Altbau das unterbringen könnten, wofür der Neubau erwogen wird. Das wird eine sehr wichtige Aufgabe in den nächsten Jahren sein, daß wir als Land vorangehen und beispielsweise sagen, bevor wir ein neues Polizeigebäude in Konstanz bauen, wird eben die Klosterkaserne für die Polizei umgebaut. Dies ist dann eben kein Polizeineubau, sondern zunächst ein Denkmalschutzneubau, und er hat eine vernünftige Nutzung.

Oder ich freue mich darüber, daß der Landkreis Main-Tauber gestern auf meinen Rat hin entschieden hat, das Kloster Bronnbach zu kaufen. Ich gebe lieber dort einen zweistelligen Millionenbetrag hin, wenn ich sicher bin, daß der Landkreis und die Stadt Wertheim jetzt keine neue Stadthalle und keine neuen Einrichtungen bauen, sondern diese alte Bausubstanz nutzen und herrichten. Sie bekommen dafür einen großen Beitrag vom Land, um zweierlei zu schaffen, nämlich, daß wir nicht nur die Gebäude herrichten, sondern daß wir auch wieder vernünftige Nutzungen für diese Bausubstanz finden.

Und wenn ich noch eine Querverbindung – nämlich zur Kunstpolitik des Landes – herstellen darf: Die internationalen Festspiele, vor allem im Bereich der Musik, wie Konzerte und vergleichbare Einrichtungen müssen noch viel stärker ins Land hinaus. Wenn sie mal diese Klöster und Schlösser mit Sommerkonzerten und kulturellen Veranstaltungen belebt haben, wo auch bürger-schaftliche Initiativen und die kommunale Seite entscheidend daran beteiligt werden können, oder mit Zweigmuseen, wenn Sie einmal sehen, was wir für Reserven haben, die wir noch gar nicht ausstellen und noch gar nicht nutzen, dann muß im Grunde ein Konzept der Nutzung von solchen Einrichtungen für die Kunst mit dem Schwerpunktprogramm Denkmalpflege zusammengeführt werden. Dies kann ein wichtiges Element der Landesentwicklung sein.

Der zweite Bereich, den wir angehen wollen mit der Denkmalstiftung, die das Kabinett gestern beschlossen hat und die wir zunächst einmal mit 68 Millionen ausstatten, ist der Gedanke, die Probleme nicht von oben, sondern von unten her anzugehen. Es gibt eine Menge Leute, die solche Projekte besitzen und sie eigentlich weggeben wollen. Und es gibt viele Bürgergruppen, Gott sei Dank, die sagen, das können wir uns eigentlich für irgend einen Gemeinschaftszweck herrichten. Und nun wollen wir einen Anreiz geben – und was uns da enorm motiviert hat, ist das Beispiel der Alten Oper in Stuttgart. Es ist doch unglaublich, daß die Stuttgarter in der Lage waren, drei Millionen zusammenzubringen für die Alte Oper, mit Lotterie, mit Spenden, mit Basar. Und was viel wichtiger ist, die Alte Oper wäre nie so ein Begriff geworden in Stuttgart, wenn wir die drei Millionen bezahlt hätten. Es geht mir vielleicht sogar erst in zweiter Linie um die drei Millionen. Sondern es geht mir darum, daß Bürger sich mit einer Aufgabe identifizieren. Und Sie werden sehen, daß für all die Leute, die jetzt drei Jahre freiwillig gearbeitet und gespendet haben, der Bezug zu diesem Objekt ein anderer ist als der mürrisch-anonyme Bezug – nach der Devise: „Ich zahle Steuern und will öffentliche Dienstleistung bis hin zum Theater.“ Ihre Bereitschaft zum Engage-

ment kann für den Denkmalschutz genutzt werden. Dabei wollen wir nach dem Muster der Kunststiftung vorgehen: Für jede Mark, die ein privater Mäzen aufbringt, steuert auch das Land eine Mark bei. Oder, wenn eine Bürgerinitiative auftritt und sagt, wir möchten so ein altes Gebäude kaufen und in Ordnung bringen, wie sollen denn diese Leute die mit ihrem Vorhaben zusammenhängenden Rechtsprobleme lösen? Diese Stiftung ist rechtsfähig und dazu in der Lage, sie kann dieses Objekt erwerben. Oder sie kann zum Beispiel ein Grundstück, auf dem sich ein Bodendenkmal befindet, erwerben, kann also die Voraussetzung für die Aktivitäten sichern, die dann im einzelnen von dieser Initiative betrieben werden. Die Stiftung kann also sagen, wir sind bereit, die Erträge aus diesen 68 Millionen, auch ein Stück der Substanz, so einzusetzen, daß wir für jede Mark, die aufgebracht wird, eine Mark öffentliche Mittel dazugeben. Ich bin mal gespannt, wie sich die Sache anläßt. Ich habe ein sehr gutes Gefühl dabei, wenn ich die Aktivitäten der Bürgerschaft sehe. Ich glaube, daß wir viele Dinge schneller voranbringen mit einem solchen Konzept. Denn sehr oft haben wir den Eigentümer in fortgeschrittenem Lebensalter, der zwar nicht bereit ist, seinerseits aktiv zu werden und dafür etwa Schulden in Kauf zu nehmen. Oft ist er aber bereit zu sagen: Ihr könnt es haben. Dafür muß jedoch eine Konzeption vorliegen. Deshalb glaube ich, mit diesem „Schwerpunktprogramm von oben“ und dieser „Stiftung von unten“ können wir eigentlich in weiten Bereichen ergänzend zu den allgemeinen Vorgängen der Denkmalpflege eine wichtige Initiative einleiten.

Wenn wir das Ganze noch verbinden mit dieser umfassenden Konzeption des Städtebaus, der Dorfentwicklung, dem gesamten Komplex der Landesentwicklung, wenn wir es dann noch schaffen, die Partnerschaft zwischen Denkmalpflege, Architektur, Kommune, Investor zusammenzubringen, dann haben wir die Atmosphäre, in der so etwas gedeihen kann. Es ist ja schon erstaunlich, welche Wandlung da vorgeht. So mancher Sparkassenverwaltungsrat oder – um jedem Streit vorzubeugen – auch Genossenschaftsaufsichtsrat betreibt jetzt mit demselben Stolz, mit dem sie früher Abrisse durchgeführt und perfekte Funktionsgebäude mitten in der Stadt errichtet haben, den Kauf von Altobjekten, um sie in Ordnung zu bringen. Das ist ein gutes Zeichen. Das zeigt, wie lernfähig wir alle sind. Vielleicht fügt sich da etwas weiteres ein: Unsere jüngere Generation fragt sehr oft kritisch, was sind eigentlich eure Ziele außer eurer komischen Wachstums- und Wohlstands- und Sicherungsdiskussion? Und wenn die Leute sagen, Qualität empfinde ich im Leben eigentlich nicht nur bei der Frage, wieviel ich konsumieren kann, dann ist das doch im Grunde ein ähnlicher Gedanke wie etwa im Bereich des Umweltschutzes, wo wir eben etwas mehr für Strom, etwas mehr fürs Auto bezahlen, damit unser Wald überlebt. Es ist doch ein ähnlicher Gedanke, daß wir etwas weniger konsumieren und etwas mehr Engagement einsetzen für die Gestaltung einer lebenswerten Umwelt, die uns innere Bezüge gibt, die uns Wohlbefinden gibt. Ich meine, wenn Sie durch eine Altstadt mit ihren Fachwerkhäusern gehen, oder an einem wieder hergerichteten Dorfplatz stehen mit dem Brunnen oder wenn Sie jetzt durch die Alte Oper gehen, durch den Littmann-Bau, das ist doch geradezu ein seelisches und körperliches Wohlbefinden, ein Stück weit Harmonie. Die Menschen haben ein wachsendes Bedürfnis nach dieser Harmonie, weil sie im Grunde in den großen Zu-

sammenhängen jeden Tag mit Disharmonie konfrontiert sind. Wir sollten es nicht auf die billige Elle bringen. Aber wir sollten natürlich schon sehen, daß all diese Anstrengungen, wenn sie dem Menschen dienen sollen, davon ausgehen müssen, daß der Mensch eben nicht nur ein Wesen ist, das Steuerzahler heißt und das öffentliche Dienstleistungen empfängt. Sondern, wenn Sie sehen, wie die Leute die anonymen Hochhäuser verlassen, um in den Städten wieder Dorffeste zu feiern, dann wird doch deutlich sichtbar, daß wir hier eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges wahrnehmen.

Wer hätte vor 20 Jahren geglaubt, daß Sie in Kaltental wieder die Anna von Kaltental entdecken, oder wer hätte geglaubt, daß dort die Generationen wieder leichter zusammenkommen als in der Anonymität der Neubauten? Und wer hätte geglaubt, daß so, wie wir die natürliche Umwelt wieder sichern müssen, auch die Sicherung unserer historischen Bausubstanz Lebenselement für die Zukunft sein muß? So, wie wir vielleicht auch eines Tages mit unserem anonymen Sozialsystem ein Stück Schiffbruch erleiden und die menschliche Zuwendung im persönlichen, nachbarschaftlichen sozialen Bereich wieder viel bedeutender wird, weil man eben Nächstenliebe weniger mit Bargeld als mit dem Bewußtsein der direkten Zuwendung lösen kann, so kann auch das Gestalten unserer baulichen Umwelt, die Sicherung unserer baulichen Substanz gewissermaßen Fundament für die Sicherung von Zukunftsentscheidungen sein. Und deshalb ist es eben kein Widerspruch wenn ich meine, ein modernes Industrieland könne den Denkmalschutz aus wohlverstandener Eigeninteresse sogar besonders mit Priorität ausstatten. Und wenn Sie sich erinnern, daß es vielleicht gerade bei den Bestrebungen um die Schaffung von Arbeitsplätzen früher die Frage war, wo ist der Autobahnanschluß, und dann, wo sind die modernen Schulen, und wo sind die Wohnungsbauten und die öffentlichen Dienstleistungen, dann wird dieses Umdenken doppelt sichtbar! Heute stellt sich die Frage, wo sind die Forschungszentren und wie ist die Atmosphäre an dem Platz, wo ich investieren soll. Und so kann die Tatsache, daß die Menschen diese kulturelle und bauliche Substanz atmosphärisch viel stärker aufnehmen als

noch im letzten Jahrzehnt, zu einer Art Versöhnung zwischen den Interessen der Sicherung unserer Geschichte und den Interessen der Zukunftsgestaltung führen.

Diesen Denkmaltag, das war meine Vorstellung und deshalb bin ich sehr gerne hergekommen, um der Eröffnung beizuwohnen und auch meinen Beitrag zu leisten, sehe ich dafür gewissermaßen als Diskussionsforum an. Denn ich meine in der Tat, daß solche Denkmaltage für die Weiterentwicklung der Konzeption Forum der Begegnung, Besinnung und befruchtenden Diskussion sein sollen! So, wie wir wahrscheinlich diese Fragen nicht auf den perfekten Planunterlagen mit Rechtsmitteln und Satzungen lösen können, so, wie wir die Gestaltung unserer Städte am Schluß nicht den Richtern bei der Entscheidung über Einsprüche überlassen sollten, so wird auch sichtbar, daß alle diese Aufgaben wieder mehr in der Selbstverantwortung gelöst werden müssen – nämlich gerade im Gespräch, im Dialog, in der Suche nach der Lösung und nicht in der Perfektion der rechtlichen Regelungen. Auch dies ist vielleicht eine Neubesinnung wert. Ein Stück der Bürokratiediskussion betrifft eindeutig auch den Egoismus der Bürger, die ohne gerichtliche Entscheidung nichts mehr akzeptieren. Wir brauchen diese Selbstverantwortungsinitiative folglich auch als Umsetzung im modernen Rechtsstaat dergestalt, daß die Menschen wieder partnerschaftlich nach Lösungen suchen, statt die Rechtsbehörden im Zug durch alle Instanzen mit dem zu beschäftigen, was die Menschen eigentlich untereinander selbst vernünftig lösen könnten. Insoweit, glaube ich, ist es auch eine wichtige Frage, die ich mit einem herzlichen Dank an die Mitarbeiter der Denkmalpflege verbinden will, daß der Beratungssektor wieder erweitert wird. Deshalb müssen wir vielleicht auch im personellen Sektor etwas zusätzliches tun. Denn es kommt darauf an, daß die gemeinsam erarbeitete Lösung mehr in diese Richtung der Harmonie und der Versöhnung der Probleme führt als die erstrittene Lösung. Wenn dies gelingt, dann, glaube ich, kann über die formalen Fragen hinaus auch ein wichtiger Beitrag für die Versöhnungskonzepte in unserer Gesellschaft geleistet werden.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank und viel Erfolg!